

Bezugspreis:

Bezugspreis: 1,20 M. monatlich...
Bezugspreis: 1,20 M. monatlich...
Bezugspreis: 1,20 M. monatlich...

Anzeigenpreis:

Die edelsten...
Anzeigenpreis: 1,20 M. monatlich...
Anzeigenpreis: 1,20 M. monatlich...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Telefon: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 2. Mai 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Telefon: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

München besetzt!
Beginn der Friedensverhandlungen.

Hestige Kämpfe.

Selbstmordungen zufolge wurde München gestern vormittag unter heftigen Kämpfen von den Regierungstruppen besetzt. Die Straßenkämpfe sind nach den letzten Meldungen noch nicht beendet, man nahm aber an, daß sie bis gestern abend ihren Abschluß finden würden. Die Residenz ist besetzt. In Kämpfen um Dachen und Rosenheim, wo sich die Spartakisten zur Wehre gesetzt hatten, gab es Verluste an Toten und Verwundeten. Auch am Bahnhof Passendosen, wie überhaupt bei den Kämpfen um Starnberg, hatten die kommunistischen Verluste an Toten zu verzeichnen. Die Regierungstruppen wiesen geringe Verluste.

Am 30. April abends machten die Münchener Kommunisten einen Versuch, die Verhandlungen einzustellen. Der angesehene Altionsausführer wollte in Verhandlungen eintreten, um Straßenkämpfe zu vermeiden. Die Regierung hoffte, diese Bedingungen als unannehmbar und legte den Vorwurf fort.

Auch in Schwabing kam es beim Einmarsch der Regierungstruppen zu Zusammenstößen zwischen diesen und revolutionären Arbeitern.

Die wir von hiesiger zuständiger Stelle erfahren, ist der südliche und der östliche Teil Münchens besetzt. Schwabing und der innere Teil bis zur Briantener Straße sowie die Stadthöhe von der Roggenhauser- bis zur Reichenbachstraße und die Residenz sind in den Händen der Regierungstruppen. Die Spartakisten behaupten sich noch in der Bahnhofsgegend, am Kalkthalerbräu bis zum Seublinger Tor. Ueber Kampfhandlungen in München selbst liegen bis zur Stunde noch keine Nachrichten vor.

Eine amtliche Bestätigung der vom SPD verbreiteten Nachricht, daß eine Reihe der verhafteten Geiseln von den Spartakisten erschossen worden sei, war bisher nicht zu erreichen.

Rosenheim hat sich bedingungslos ergeben. Bei den Spartakisten wurde Schützengarnition (Gasbomben) gefunden. Die rote Armee befindet sich in verschlungenen Gassen bei Kolbermoor.

Die Besetzung der Stadt.

Bamberg, 2. Mai. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Norden der Stadt München bis zur Briantener Straße ist in den Händen der Regierungstruppen. Die Residenz wurde von einer Kompanie der Volkswacht Regensburg und mit besonderer Hilfe aus München selbst besetzt. Giblin ist besetzt. Im Orlbachhof von München ist ein Panzerzug mit Regierungstruppen eingelaufen. Es sollen Geiseln erschossen worden sein, davon ist aber an amtlicher Stelle nichts bekannt.

Damit hat das kommunistische Abenteuer in München sein Ende gefunden. Die Schuld an dem bewaffneten Einschreiten der Regierungstruppen wird von den Radikalen natürlich wieder der Regierung zugeschoben werden. Doch bezogen schon die ersten Meldungen über den Einzug der Truppen, daß die Stadt ausartet, nachdem sie vom Terror der Minderheit befreit ist. Das rasche Vorgehen der Regierungstruppen beweist, daß diese erst nach sorgfältiger Vorbereitung ans Werk gegangen sind, so daß unnötige Zwischenfälle von vornherein nach Möglichkeit ausgeschlossen wurden.

Die erste Zusammenkunft in Versailles.

Austausch und Prüfung der Vollmachten.

Versailles, 1. Mai. Im Laufe des gestrigen Tages war dem Grafen Brodorski-Kanhan im Auftrag unserer Gegner telephonisch mitgeteilt worden, daß heute mittag 12 Uhr im Hotel Trianon die Kommission der alliierten und assoziierten Regierungen zur Prüfung der Vollmachten eintreffen würde, und daß der Graf aufgefordert werde, sich dort mit den deutschen Vollmachten einzufinden.

Die Zusammenkunft fand heute nachmittag um 3 Uhr 15 Minuten im Hotel Trianon statt, und zwar in ausgedehnter Form unter voller Wahrung der Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit. Graf Brodorski-Kanhan, die Mitglieder der Prüfungskommission und Justizrat Schauer als Dolmetscher wurden bei ihrer Ankunft zu den Delegierten der Gegner geleitet.

Der französische Kommandant begrüßte sie mit einer Ansprache etwa folgenden Inhalts: Herr Graf! Wir haben Sie gebeten, hierherzukommen, um die Vollmachten der deutschen Delegierten von Ihnen in Empfang zu nehmen. Unsererseits werden wir Ihnen

die Vollmachten der Vertreter der alliierten und assoziierten Regierungen übergeben. Wir werden Ihre Vollmachten prüfen, Sie werden mit unseren Vollmachten das gleiche tun. Einige unserer Vollmachten fehlen noch, etwa von zwei bis drei Staaten, sie werden demnächst nachfolgen.

Graf Brodorski-Kanhan erwiderte in deutscher Sprache: Ich habe die deutsche Prüfungskommission beauftragt, die Vollmacht zu übergeben. Ich stelle Ihnen hiermit den Vorsitzenden der Kommission, Reichsjustizminister Landberg vor.

Der Minister Landberg stellte hierauf die übrigen Mitglieder der Kommission und Herrn Schauer vor. Herr Landberg stellte seinerseits die ihn begleitenden Vertreter der Großmächte vor, nämlich Lord Hardinge statt Vonar Law für England, Henry White und Katsul. Er bat dann um die Vollmacht.

Graf Brodorski-Kanhan veranlaßte Herrn Minister Landberg, die inzwischen von Geheimrat Gaus bereitgehaltene Vollmacht Herrn Cambon zu übergeben, der wiederum die Vollmachten unserer Gegner Herrn Gaus einhändigen ließ. Unter den der deutschen Prüfungskommission vorliegenden Urkunden fehlen die von Italien, Kroatien und Montenegro. Die Vollmacht Serbiens ist im Namen des Königreichs der Serben, Kroaten und Slawen ausgestellt, auf der anderen Seite sind Vollmachten ausgestellt für Bolivien und Peru, die uns nicht den Krieg erklärt, sondern nur die Beziehungen mit uns abgebrochen haben, und von dem arabischen Staate Hedschas, der uns weder den Krieg erklärt hat, noch von uns als selbständiger Staat anerkannt ist.

Die Vollmachten von Hedschas werden wir nur unter dem Vorbehalt annehmen können, daß die Beziehungen zwischen diesem Staat und der Türkei in einer von unseren ehemaligen Bundesgenossen anerkannter Weise geklärt werden.

Der Inhalt der Vollmachten ist sehr mannigfaltig. Eine vorläufige Prüfung hat ergeben, daß sie die Delegierten als ausreichend beglaubigt erkennen lassen. Die Unterschiede bestehen hauptsächlich in dem Vorhandensein oder Fehlen ausländischer Vorbehalte wegen einer Ratifikation durch den Souverän oder die Parlamente oder einer Zustimmung der Regierungen und Staatsoberhäupter. Bekanntlich hatte Clemenceau in seinem zweiten Telegramm gefordert, daß die deutschen Delegierten die gleiche Vollmacht haben müßten, wie die Delegierten der alliierten und assoziierten Mächte. Jedenfalls findet sich für den Inhalt der deutschen Vollmachten irgendein Vorbild unter den Vollmachten der Gegner, so daß auf die Anerkennung der deutschen Vollmacht gerechnet werden darf. Die Vollmacht der deutschen Delegation ist eine Generalvollmacht.

Die Delegierten der alliierten und assoziierten Großmächte sind folgende:

- Verenigte Staaten: Präsident Wilson, Lansing, Henry White, Oberst House, General Vih;
England: Lord George, Balfour, Bonar Law, Curzon, Milner.
Dominion: Kanada: Borden, Foster, Doherty, Eglon;
Australien: Hughes, Cook;
Südafrika: Botha, Smuts;
Neuseeland: Massey, Ward;
Indien: Montagu, Maharadscha von Bilant, Lord Sinna;
Frankreich: Clemenceau, Pichon, May, Lardieu, Jules Cambon;
Japan: Satomi, Makino, Ginda, Makai, Itain;
Belgien: D'Amens, van den Heuvel, Vandervelde;
Griechenland: Venizelos, Politis, Romanos;
Portugal: Costa Soares, Norton de Matias, Freire d'Andrade, Batalha Reis;
Rumänien: Bratianu, General Coanda, Barbo, Boenob, Misu Antonesco, Diamandis, Danielopol;
Serben, Kroaten, Slowenen: Paschtsch, Trambitsch, Vesnikich, Jelger.
Ferner sind durch Delegierte vertreten Brasilien, China, Kuba, Guatemala, Haiti, Hedschas, Honduras, Liberia, Nicaragua, Panama und Elam.

Maizusammenstöße in Paris.

Polizisten und Wachleute verwundet.

Paris, 2. Mai. (Kavas.) Auf der Place de la Republique kam es gegen 5 Uhr nachmittags zu weiteren Zusammenstößen, wobei einige Polizisten und Wachleute durch Geschosse verwundet wurden. Dragoner säuberten den Platz. Um 6 Uhr kehrte die Ruhe wieder

Der Weg nach Paris.

Von Friedrich Stampfer.

Versailles, 29. April nachts. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der trübe Himmel, unter dem wir Abschied nahmen, bleibt uns auf der ganzen Unständigen Reise treu. Zwischen Berlin und Versailles ist Europa in Grau gekleidet. Reif liegt morgens auf der belgischen Landschaft, Schnee fällt in Nordfrankreich auf die grünen Dämme mit den gelben Primeln. Wir passieren bei Log Braunschweig; friedliches Bahnsteigleben, das nichts von den Wirren der Zeit verrät. Durchhausen im Dunkel das Ahrrebbier, sehen in Köln die ersten fremden Stahlhelme schimmern. Hier erhalten wir französische Begleitung und französische Jugendbedienung. Die Bedienung ist zuvorkommend, die Begleitung reserviert. Es ist uns nicht erlaubt, die Bahnsteige zu betreten. Die Maßregel ist formal damit begründet, daß wir noch im Kriegszustand leben, also noch Feinde sind — jedoch damit, daß man Zwischenfälle vermeiden will. Auf den Straßen, in den Fenstern stehen überall Leute, die interessiert auf den deutschen Friedenszug blicken, aber nur einmal sehen wir eine geballte Faust.

Und dieses Land, durch das wir fahren von Berlin bis Versailles, ist ein Land der Arbeit. Man sieht keine kommandierenden Generale und keine spekulierenden Finanziers, sondern nur Menschen, die arbeiten und Dienst tun. Unter den Arbeitern sind viele Frauen, unter den französischen Soldaten viele Kanakiten; in Belgien sind mehr Amerikaner als Belgier, und erst in Nordfrankreich weicht das Blau dem Azurblau. Wo auf Bahnsteigen ein Offizier aufsteigt, wird stramm gegrüßt. Ein uns Deutschen ungewohnter Anblick.

Die Reise geht über Verdiers und Charleroi. Spuren der Kriegsbewältigung sind hier längs der Bahnsteige zu sehen. Erst bei Neumont beginnt die Trümmerzone. Fabriken, von denen nur noch Reste der vier Mauern stehen, Arbeiterreihenhäuser, von denen selbst die wenigen noch bewohnbaren mit brechererschlagener oder papierverfärbter Fenstern aus blinden Augen stieren. Auf den Bahnhöfen Niesenhausen verbrannter Eisenteile, zur Unkenntlichkeit verbogen. Für alles, was menschlicher Zerstückelungswahn angerichtet hat, wird man uns nun in Versailles die Rechnung präsentieren!

In der Tür eines zerstückelten Hauses sieht eine Frau und blickt uns nach. Wo ist der Mann? Draußen auf dem Feld, drüben unter dem Feld? Wer weiß? Hier liegen sie zu Hunderttausenden, die einen und die anderen. Zum erstenmal wird in diesem Frühjahr, im Frieden, keine Granate mit Erdsonnen ihre Beine in die Luft schleudern. Sie ruhen ewig. Ueber ihre Gräber geht der Flug.

Doch da drohen sie nicht, sie winken. Wir haben schäfer, ja, das sind verwitterte feldgrau Uniformen, rote Rückenbänder, und wir springen vor alle an die Fenster und erwidern die Grüße, die ja nicht uns als Personen gelten, sondern der Heimat und den Lieben daheim und dem Frieden, der Heimkehr verheißt. Von da ab sehen wir viele deutsche Kriegsgefangene. Sie arbeiten oder stehen gepackt auf Bahnsteigen zum Transport bereit. Azurblaue Wachen oft unbewaffnet hinter ihnen. So haben wir Russen, Franzosen, Engländer, Italiener, Serben, Rumänen bei uns gesehen. Dies ist nur die primäre Umkehrung eines gewohnten Bildes. Der Anblick, so niederdrückend er auch ist, ist doch nicht ganz so schlimm, wie manche besorgte Phantasie sich ihn ausmalte. Die deutschen Kriegsgefangenen, von deren Zustand uns der Zufall einige Stichproben gibt, scheinen leidlich gut genährt und halten sich tapfer auf den Beinen.

4 1/2 Uhr nachmittags. Wir fahren jetzt 2 1/2 Stunden seit Neumont und haben noch keine Kilometerstrecke passiert, auf der man vergessen könnte, daß Krieg war. Man fühlt vielmehr, daß sich noch eine dramatische Steigerung vorbereitet. Das Land wird immer unwirtlicher. Düsterer Graswuchs bedeckt den Boden, der von den Schützengraben zerfurcht, mit Trümmern durchsetzt ist. Jetzt kommen Felder, auf denen nichts steht, als verrostete Drahtgitter; phantastisches Unkraut der Gölle. Und jetzt taucht hinter dieser Wüste das Gespenst einer Stadt auf. Dieser Trümmerhaufen war einst St. Quentin. Hier sah ich vor acht Jahren auf dem Platz vor dem herrlichen Dom und wir sprachen, wovon deutsche und französische Sozialisten immer sprachen, wenn sie zusammenkamen: von der Verbesserung und daß kein Krieg mehr werden sollte.

St. Quentin! Nie werden wir uns die Franzosen verzeihen können, solange wir nicht ganz begreifen, warum sie uns

hassen. Gut ob für den Franzosen, die gerecht genug sind, zu unterscheiden, und die Schuld erkennen, die nicht nur auf unseren einseitigen Machthabern, sondern auch auf den ihren lastet!

6 Uhr abends. Noch immer dasselbe Bild. Es ist die Selbstvollendung des Militarismus. Was hat er aus diesem einst blühenden Land, das Raum für Millionen bietet, gemacht? Einen Truppenübungsplatz von phantastischen Ausmaßen. Hier können nur noch Soldaten erzieren, zu etwas anderem ist das Land jetzt nicht zu brauchen. Und es wird Jahre dauern, bis hier wieder friedliche Menschen werden können.

Dies alles muß wieder aufgemacht werden durch die Solidarität der Arbeit, und hier nach Kräften mitzuhelfen, wäre unsere Pflicht, auch wenn uns an der Entfaltung dieses grenzenlosen Unheils keinerlei Schuld trüge. Aber was können wir, selber augenwert durch einen vierjährigen Krieg, leisten, ohne uns selbst vollständig zugrunde zu richten? Auch bei uns sind unermessliche Werte zerstört, die kostbarsten, die in der lebendigen Volkskraft ruhen. Wir leben unter eigens herbeigeführtem Glend täglich vor Augen, können es auch angeht, vieler Trümmer nicht vergessen. Und noch schlimmer: wir haben das Vertrauen in unsere eigene Kraft verloren. Prüben will man uns, unbestimmt ob wir zusammenbrechen, einen Hebesock auf die Schultern wölben, während wir uns kaum noch stark genug fühlen, einen Kieselstein aufzuheben. Dies ist das Problem.

Nach abendlicher Fahrt durch freundlichere Landschaft näher an Paris landet unser Zug um 10 Uhr in Pauresson, dessen Bahnhof für das Publikum gesperrt ist. Hinter der Sperre empfängt uns Hebeul ein junger französischer Herr, im Wartesaal die Korrektheit französischer Beamter. Autobusse nehmen uns auf und es geht in rascher Fahrt nach Versailles, in den einen Speerbezirk, an dessen Grenzen unsere Bewegungsfreiheit aufhört.

Die Isolierung der deutschen Delegation.

Waiseler der Friedensdelegation.

Verailles, 1. Mai. (Via Drahtbericht des „Vorwärts“.) Seit 8 Uhr morgens bis mittags fährt Artillerie in der Richtung auf Paris. Wir sind von aller Welt abgeschnitten; empfangen keinen Besuch. Keine Nachricht, außer durch Bekannte, die jedoch heute nicht erscheinen sind. Aus den Gerüchten geht hervor, daß Zusammenkünfte in Paris beschränkt werden, weil die französische Regierung die Demonstrationen verbietet, der Gewerkschaftsbund hingegen dazu ansetzt. Nachrichten über Paris haben wir erst morgen aus Blättern zu erwarten. Die Absperzung ist heute noch strenger. Die ganze Delegation muß von 2 bis 6 Uhr nachmittags im „Hotel des Reservoirs“ bleiben, wo ihr der Paß zur Verfügung steht. Aus alledem folgt, daß keinerlei Verbindung zwischen den Pariser Gewerkschaften und den deutschen Sozialdemokraten in Versailles besteht. Auch die sozialistische Presse hat bisher in keiner Weise die Tatsache erwähnt, daß sich deutsche Sozialdemokraten in Versailles befinden.

Die Waiseler der deutschen Delegation im Hotel, mit Rauban als Vorsitzenden, und Legien als Redner, war kurz und einflussvoll und sicher die eigenartigste, die die Welt je gesehen hat. Paris wird von dieser Feier erst über Berlin erfahren. Hier sind die Kämpfer unüberwindlich, die einen Teil der Internationale von dem anderen trennen. In Versailles und in unseren Hotels hängen Plakate, die den Sieg feiern und für den Tag, an dem die Unterzeichnung stattfindet, Versammlung anordnen und die Bevölkerung zur Ruhe ermahnen. Bis jetzt, 2 Uhr nachmittags, ist in unserm Umkreis noch kein Anzeichen von nationalistischen oder sozialistischen Kundgebungen zu spüren gewesen. Es regnet in Strömen.

Heimbeförderung der deutschen Gefangenen

Ueberreichung des Friedensvertrags Sonnabend.

Paris, 30. April. (Damas.) Clemenceau, Lloyd George und Wilson hielten Dienstag eine Sitzung ab, in der die Frage von Kaukasien besprochen wurde. Es scheint festzustehen, daß Japan ein Recht auf dieses Gebiet erhalten wird, es aber nach einer bestimmten Frist an China zurückzugeben wird. Endgültige Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Nachmittags wurden die belgischen Abgeordneten Vandervelde und Dumortier angehört. Delorsky verbreitete sich über die wirtschaftliche Lage Belgiens. 800 000 Arbeiter seien ohne Arbeit. Die belgischen Delegierten forderten, daß ein Vorstoß von 2 Milliarden Frank gewährt werde, der von der von Deutschland zu leistenden Entschädigung abgezogen werden könne.

In diplomatischen Kreisen hält man es für wahrscheinlich, daß die italienischen Delegierten bald wieder an den Verhandlungen teilnehmen werden.

Dann wurde die Frage der deutschen Gefangenen besprochen, die noch geprüft werden soll. Die damit beschäftigte Kommission hat die Heimbeförderung der 600 bis 700 000 Gefangenen beschlossen, da der Wiederanbau durch gelehrte Arbeiter vor sich gehen müsse.

Wahrscheinlich wird der vollständige Text des Friedensvertrags Sonnabend morgen in einer gemeinsamen Sitzung der Delegierten der teilnehmenden Staaten bekanntgegeben werden. Nachmittags soll der Text der deutschen Delegation überreicht werden.

Außerdem, 2. Mai. Die „Telegraph“ aus Paris meldet, erklärt die japanische Delegation auf der Friedenskonferenz, Baron Takino, daß Japan seiner Verpflichtung, Kaukasien an China zurückzugeben, nachkommen wird. Japan wolle es jedoch selbst zurückgeben und gestatte nicht, daß man ihm diese Aufgabe aus der Hand nehme. Takino erklärte mit der größten Bestimmtheit, daß Japan an der Seite seiner bisherigen Bundesgenossen und Freunde stehen werde.

Bevorstehende Auflösung der Obersten Heeresleitung.

Aus Anlaß der bevorstehenden Friedensverhandlungen hat der Generalfeldmarschall von Hindenburg an den Reichspräsidenten Ebert folgendes Schreiben gerichtet:

Herr Präsident!

Der Beginn der Friedensverhandlungen veranlaßt mich, schon jetzt der Reichsregierung Folgendes zur Kenntnis zu bringen:

Als bin in Wechsel der Zeiten an der Spitze der Obersten Heeresleitung geblieben, weil ich meine Pflicht darin sah, dem Vaterlande in seiner höchsten Not weiter zu dienen. Sobald der Vorfrieden geschlossen ist, halte ich aber meine Aufgabe für erfüllt. Mein Wunsch, mich dann ins Privatleben zurückzuziehen, wird bei meinem hohen Alter allgemein verstanden werden,

um so mehr, als es ja bekannt ist, wie schwer es mir meinen Anschauungen und meiner ganzen Persönlichkeit und Vergangenheit noch geworden ist, in der jetzigen Zeit mein Amt weiter auszuüben. grs. von Hindenburg.

Der Reichspräsident hat hierauf dem Feldmarschall folgendes geantwortet:

Herr Generalfeldmarschall!

Von Ihrem Entschluß, nach Unterzeichnung des Vorfriedens von Ihrer Stellung an der Spitze der Obersten Heeresleitung zurückzutreten, um sich ins Privatleben zurückzuziehen, habe ich Kenntnis genommen. Indem ich mein Einverständnis hiermit erkläre, benutze ich diese Gelegenheit, um Ihnen für Ihre dem Vaterlande während des Krieges und in jetziger Zeit unter großer Aufopferung geleisteten Dienste den unaussprechlichen Dank des deutschen Volkes auszusprechen. Daß Sie auch in den Zeiten schwerer Not in Treue auf Ihrem Posten ausgeharrt und dem Vaterlande Ihre Persönlichkeit zur Verfügung gestellt haben, wird Ihnen das deutsche Volk niemals vergessen.

grs. Ebert.

Liban gegen die deutsche Regierung.

Liban, 29. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In den Ministerratsbeschlüssen Scheidemanns wurde heute folgendes Telegramm gerichtet: Das von der Landeswehr eingeleitete Militärkabinett Redra Voronow wird von den Regierungen der Entente und auch von lettischen Volks nicht anerkannt, bis die Folgen des von den deutschen Militärbehörden unterstützten Staatsstreiks nicht liquidiert sind. Ueber Lettland ist die Blockade verfügt und der Stadt Liban droht Hungernot. Im Namen der Libaner Bevölkerung ersuche unverzüglich Schritte zu tun, damit die durch den Staatsstreik vom 16. April geschaffenen Zustände beseitigt werden. Die volle Verantwortung für den Liban drohenden Hunger trägt die Regierung Deutschlands, deren Organe hierzulande eine Politik treiben, die uns ohne unser Zutun und gegen unseren Willen die Lebensmittelquellen sperren. Dufschew, Stadthaupt von Liban.

Budapester Regierungsmitglieder in Wien.

Sturz der Räterepublik.

Wien, 30. April. (GR) Gestern nachmittag ist ein Teil der Budapester Räte-Regierung im Sonderzug in Wien eingetroffen. Es handelt sich um die Volkskommissare für Ernährung Kurban, für Heereswesen Szantog, den Vertreter des Volkskommissars für Aenderes, den Diktator für Pilsch angelegeneheiten Wis mit seiner ganzen Familie und den Ernährungsminister Samuel Stern. Eine große Anzahl ungarischer Kommunisten ist mit den Regierungsmitgliedern in Wien angekommen. Die Kommunisten haben sich in den besten Wiener Hotels einquartiert. Ueber den Zweck ihres Wiener Aufenthalts ist man sich im Augenblick noch nicht im Klaren. Es besteht die Möglichkeit, einmal, daß sie die Flucht aus Budapest ergriffen haben, wofür auch die Mitnahme ihrer Familien spricht, oder aber, daß sie den 1. Mai in Wien dazu benützen wollten, um Anhänger für ihre Ideen zu gewinnen.

Wien, 30. April. (GR) In Wien sind heute nachmittag Gerüchte von dem Sturz der ungarischen Regierung verbreitet, die mit der nach Wien erfolgten Flucht eines Teiles der ungarischen Volkskommissare im Zusammenhang stehen. Im Augenblick lassen sich die Gerüchte auf ihre Richtigkeit hin nicht nachprüfen.

Wien, 30. April. (GR) Das „Allhe-Blatt“ meldet aus Budapest: Die Front der ungarischen Roten Armee gegen die Rumänen und Serben ist in voller Auflösung. Besonders an der Theißlinie bröckelt die Rote Armee immer mehr ab. Hunderte von Rotgardisten sind zu den Rumänen übergegangen. Aus den Ueberläufern wurde von den Rumänen ein besonderes Kontingent gebildet. Die Theißlinie ist die letzte strategische Linie, die die Ungarn noch halten und mit dem Uebergang über diesen Fluß ist der ganze Feldzug militärisch entschieden. Der Einzug der rumänischen Truppen in Budapest ist nur noch eine Frage von Stunden. Aus diesem Grunde erhebt sich die Frage, ob die ungarischen Kommunistenüber bereits mit der Flucht aus Budapest beginnen. Wenn Bela Kun trotzdem noch Charles Kelen nach Wien flucht und Gehilfe verhaften läßt, so läßt sich dies nur damit erklären, daß er noch immer bemüht ist, den drohenden Zusammenbruch zu verschleiern.

Italien und der Frieden.

Denkschrift Wilsons und Antwort Italiens.

Wilson hat in Rom eine Denkschrift über die italienischen Ansprüche in der Adria überreichen lassen. Darin wird gesagt, daß die italienischen Ansprüche in der Adria heute eine ganz andere politische Situation vor sich haben. Sie seien einst als Sicherungen gegen Oesterreich-Ungarn gebildet worden, aber Oesterreich-Ungarn bestesse nicht mehr. An seine Stelle seien selbständige Nationalstaaten getreten. Italien solle in seinen Ansprüchen gegenüber Oesterreich-Ungarn volle Unterstützung erfahren, aber in der Adriafrage solle es die veränderten Verhältnisse anerkennen. Die Denkschrift schließt:

Es wird Italien nicht verweigert, was zur Verwirklichung seiner nationalen Einigung gehört. Auf den Inseln des Adriatischen Meeres und an den Ostküsten dieses Meeres befinden sich Siedlungen mit stark italienischem Einschlag. Aber die Verpflichtungen, unter denen die neuen Staaten in die Familie des Völkerbundes eintreten werden, werden ihre freie Entwicklung und alle gerechten Ansprüche der nationalen und Rassenminderheiten reichlich sicherstellen, und hinter diesen Sicherstellungen wird immer die wachsame und ausreichende Autorität des Völkerbundes stehen. Außerdem werden wir gleich am Anfang den verhängnisvollen Irrtum vermeiden haben, Italien die nächsten Nachbarn im Osten zu seinem Feinde zu machen und in ihnen gerade die Empfindung von Ungerechtigkeiten zu hinterlassen, die Generationen hindurch den Frieden Europas gefährden und in nicht geringem Maße dazu beigetragen haben, den schrecklichen Konflikt herbeizuführen, den wir eben durchlebt haben.

Im italienischen Senat und in der Kammer haben die Minister und Abgeordneten sich mit viel Enthusiasmus für die Lösung der Adriafrage im Sinne der italienischen Forderungen eingesetzt. Italien läßt von seinen Forderungen nicht ab.

Die italienische Kammer für die Regierung.

Die Sozialisten gegen die Vertrauensfundgebung.

Rom, 30. April. (Stefani.) In der gestrigen Kammer-sitzung hat Buzzati die Vertrauensfundgebung begründet, gegen die sich nur die offiziellen Sozialisten erklärten; für letztere sprach Lucati. Die Verkündung des Abstimmungsergebnisses löste eine gewaltige Kundgebung für die

die Regierung, Fiume und Dalmatien aus. Die Kammer verlagte sich dann auf unbestimmte Zeit.

Der Fall Fryatt.

„Ein nicht zu entschuldigender Justizmord.“

Zu dem Urteil über den Fall Fryatt geht uns folgende Erklärung an:

Die unterzeichneten Mitglieder der Kommission für die Untersuchung der völkerrechtlichen Beschwerden über die Behandlung von Kriegsgefangenen in Deutschland sind bisher mit ihrer von dem Spruch der Kommission abweichenden Auffassung über die Beurteilung und die Erschießung des belgischen Kapitäns Fryatt nicht an die Öffentlichkeit getreten. Das darf und muß jetzt geschehen, nachdem der Vorsitzende der Kommission, Professor Walter Schöding, in Beantwortung einer unmittelbaren Frage des völkerrechtswissenschaftlichen Dr. Webberg, seine persönliche Meinung über das Urteil der Kommission der Öffentlichkeit kundgeben hat.

Aus allgemeinen und persönlichen Gründen erklären wir, daß wir, entgegen dem Spruch der Kommission, in dem Verfahren gegen Kapitan Fryatt, in seiner Beurteilung und seiner Erschießung eine schwere Verletzung des Völkerrechts erblicken. Wie wir ausdrücklich feststellen wollen, hat die Kommission, vor und in der öffentlichen Verhandlung, den Fall Fryatt sehr sorgfältig, gewissenhaft und unparteiisch untersucht. Wir haben aus dieser Untersuchung die Ueberzeugung gewonnen, daß an Kapitan Fryatt ein nicht zu entschuldigender Justizmord begangen worden ist.

Kapitan Fryatt führte das englische Handelsschiff „Puffin“, mit Personen und Gütern beladen, begegnete dem Schiff im März 1918, auf der Fahrt von Harwich nach Rotterdam, dem deutschen Tauchboot U 83. Das Tauchboot rief die „Puffin“ an und geforderte ihre Halt. Kapitan Fryatt ließ sein Schiff eine Bewegung machen, die auf das Tauchboot gerichtet war und es veranlaßte, sofort unterzutauchen. Auf diesen Sachverhalt gründet sich das Todesurteil gegen Fryatt; es nimmt an, daß er versucht habe, das Tauchboot zu rammen, obwohl er die Möglichkeit gehabt habe, in anderer Weise zu entkommen. — Die Aussagen der von der Kommission vernommenen Zeugen und Sachverständigen machen es zwar wahrscheinlich, daß Kapitan Fryatt das Tauchboot rammen wollte, liefern aber keinen zureichenden Beweis dafür, sondern geben der — von einem Sachverständigen verteilten — Auffassung Raum, daß Fryatt, in Ausführung des Befehles auf „Widerstand“, das Tauchboot durch ein gekübeltes Ruder nur habe versagen wollen. Aber selbst ein Kommerzschiff konnte keineswegs zum Ausfahren oder Wenden im Sinne des Seerechtsverstoßes verurteilt werden. Wenn ein Handelsschiff sich gegen ein Kriegsschiff zur Wehre setzt, so begibt es sich zwar des Schutzes, den ihm das Seerecht zuerkennt; aber es begeht darum noch keine Verletzung des Völkerrechts, da dieses kein Verbot solcher Gegenwehr auspricht. Das ist die fast einstimmige Meinung der Wissenschaft vom Völkerrecht. Einer der von der Kommission vernommenen Sachverständigen hat konstatiert, ein geheimer Erfolg der englischen Regierung habe die englischen Handelsschiffe angewiesen, deutsche Tauchboote zu rammen; wenn dies zutrifft, so kann es zwar die englische Regierung befehlen, erfolgt aber erst recht den Kapitan Fryatt, der sich auf die Anweisungen seiner Regierung verlassen durfte, dem Vorwurf einer rechtswidrigen „Jerdüberfischen“ Handlungsweise.

Etwas 15 Monate nach dem Zusammenstoß mit U 83 geriet die „Puffin“ in die Gewalt eines anderen deutschen Tauchbootes und wurde nach der holländischen Küste aufgebracht. Kapitan Fryatt und seine Leute wurden in dem Lager Kuhlleben bei Spandau interniert, wo sich alle englischen Kriegsfangenen befanden. Nach einigen Wochen wurde er nach Brügge gebracht, um von einem Feldgericht, also in einem beschränkten und abgekürzten Verfahren, abgeurteilt zu werden. Beseitigt wurde das Ausdrückliche Amt um einige Tage Aufschiebung, bezüglich übermittelte es das Gesuchen der Vereinigten Staaten (die als Schutzmacht der britischen Staatsangehörigen von der englischen Regierung darum angegangen worden war), Fryatt einen Verteidiger nach eigener Wahl besorgen zu dürfen. Der von der Kommission vernommene Marinekriegsgerichtsrat, der die Untersuchung gegen Fryatt geführt hatte, erwiderte auf den Vorhalt eines Mitgliedes der Kommission, „er könne kein auswärtiges Amt“. Zwei Tage vor der Verhandlung wurde dem Angeklagten ein Verteidiger gestellt, und zwar in der Person des im Brügge befehligenden Landsturmmajors, der im holländischen Versteck Meddewoort ist. Vergeblich beantragte der Verteidiger bei Beginn der Verhandlung die Vertagung des Termins, damit ein anderer Verteidiger die Sache übernehmen könnte, der mit den schwierigeren Fragen des Seerechts besser vertraut sei. Das Feldgericht, das aus 5 Seesoffizieren, darunter einem Tauchbootkommandanten bestand, lehnte den Antrag ab, einstimmig, wie das Protokoll noch besonders festhält. Dieses Gericht verurteilte den Angeklagten zum Tode, und der Gerichtsherr ließ noch am selben Tage den Kapitan Fryatt erschießen.

Dieses Verfahren verhielt sich unserer Auffassung ebenfalls gegen das Völkerrecht. Die deutschen Behörden sahen den Kapitan Fryatt als Zivilgefangenen an und konnten ihn nicht als etwas anderes betrachten. Die Rechtsstellung der Zivilgefangenen ist bisher im Völkerrecht nicht geregelt, aber das bedeutet nicht, daß sie die Gesetze der Menschlichkeit in geringerer Weise gelten, als für die Kriegsgefangenen. Für die Kriegsgefangenen aber ist in dem Haager Abkommen über die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs ausdrücklich bestimmt: „Sie sollen mit Menschlichkeit behandelt werden.“ Das Gesetz der Menschlichkeit beherrscht als oberstes alle Regeln des Völkerrechts; es ist durch das Völkerrecht gegen den Kapitan Fryatt aus Schwäche verliert worden.

Die Beratungen der Kommission über den Fall Fryatt erstreckten sich über zwei Tage. Die haben unsere Auffassung nur am ersten Tage vertreten können, da wir durch wichtige und unauflösbare öffentliche Angelegenheiten gehindert waren, der Beratung am zweiten Tage beizuwohnen.

Bei dem Stimmverhältnis wäre sonst unsere Auffassung durchgedrungen.

Wir bedauern das Ergebnis aufrichtig im Interesse der Kommission, wie unseres Volkes überhaupt. Jeder Zweifel an der strengen Unparteilichkeit der Kommission könnte der Sache des deutschen Volkes nur schaden. Es ist unsere Pflicht, nachdrücklich zu betonen, daß die in dieser Hinsicht nun laut gewordenen Zweifel nicht begründet sind. In der Kommission herrscht der einhellige Wille, ohne Rücksicht auf Personen und vermeintliche politische Interessen unter allen Umständen der Wahrheit die Ehre zu geben. Die Mitglieder der Kommission, die den Fall Fryatt anders beurteilt haben als wir, haben wohl die Rechtslage an der Hand gegeben, sie haben uns aber nicht den geringsten Anlaß zu der Meinung gegeben, daß ihnen die Aufstellung der Wahrheit weniger am Herzen läge, als uns. Ueber die unauflösbare Frage der Erschießung des Kapitan Fryatt (eines Feindes von festen Ständen) gab es in der Kommission nur eine Meinung.

Berlin, den 30. April 1918.

Ed. Bernstein Dr. Oskar Cohn

Arbeitszwang in Oberschlesien.

Kattowitz, 30. April. Der Staatskommissar für Oberschlesien hat im Einverständnis mit dem kommandierenden General des 6. Armeekorps zwei Verordnungen für das vom Besatzungszustand betroffene Gebiet des Regierungsbezirks Oppeln erlassen. Die erste verpflichtet alle männlichen Einwohner vom vollendeten 17. bis 45. Lebensjahre, auf Anforderung der Kommunalbehörden alle ihnen zur Aufrechterhaltung gemeinnütziger Betriebe (Elektrizitätswerke, Verkehrsanstalten, Gruben, Krankenhäuser usw.) zugewiesenen Arbeiten bis zur Höhe des Gehalts bis zu einem Jahre oder Weidweh bis 1600 M. zu leisten. Die zweite macht Druck und Verbreitung von Anschlägen, Flugblättern, Flugzetteln und ähnlichen nicht periodisch erscheinenden Schriften und von neu erscheinenden periodischen Blättern von der Erlaubnis der Ortsbehörden abhängig.

Diese Verordnung ist eine Gegenmaßnahme gegen die politischen Streiks, als deren Ziel jetzt von großpolnischer Seite auch die Ueberrumpfung Oberschlesiens durch polnische Truppen genannt wird. Dadurch wurden auch die Besatzungsbestimmungen für Flugblätter usw. notwendig. Die Krisenstimmung in Oberschlesien hält an. In einem Zwischenfall kam es auf der Steiniggrube, wo die Arbeiter auf die Befehle eines Fabrikleiters und mehrerer Einleiter besaßen, während die Steiger dagegen waren und die Eisenerze verweigerten.

Auf Grund der veröffentlichten Verordnung des Oberschlesischen Staatskommissars zum Arbeitszwang in Oberschlesien erfolgt bereits heute, Freitag, die Besatzung einer größeren Anzahl Arbeiter zur Aufrechterhaltung der Betriebe in Hindenburg und Zabrze.

Hindenburg, 2. Mai. (Eigener Spezialbericht des „Vorwärts“.) Die Lage ist gespannt. Ein großer Teil der Grubenarbeiter streikt noch. Die oberste schlesische Richtzentrale in Zabrze streikt ebenfalls noch. Die Haltung der Polen ist noch unbestimmt.

Die Arbeiter der Richtzentrale in Zabrze, die noch streikten, haben die amtliche Aufforderung bekommen, wieder zu arbeiten. Wenn sie sich weigern, sollen sie bestraft werden.

Der Herzog von Abfinden.

Der Herausgeber der „Weltbühne“, Herr Siegfried Jakobson, bittet uns um die Mitteilung, daß die im „Vorwärts“ erschienenen Anschuldigungen unter obiger Überschrift weber der „Weltbühne“ entnommen, noch auf seine Anregung zurückzuführen sind.

Wir können bestätigen, daß uns dieser Artikel von einer dem Herausgeber der „Weltbühne“ völlig fremden Seite zugegangen ist. Herr Jakobson also nicht das Geringste damit zu tun hat, ebensowenig der frühere Redakteur der „Republik“, Herr Dr. Goldschmidt. Das hindert nicht, zu betonen, daß die der „Weltbühne“ entnommenen Behauptungen wie die wesentlichen der Abfindungen in unserem Artikel durch die Verichtigung Wilhelm Herzogs nicht widerlegt werden.

Ein deutschnationaler Bolschewik.

Der deutschnationale Professor Eihacher hat sich bekanntlich durch seinen Entschluß dazu hinreichend lösen, den Übergang Deutschlands zum Bolschewismus, was die Wiederaufnahme des Krieges mit der Entente bedeutet, zu propagieren. Er hat damit allem Unfug, den deutsche Professoren seit Anfang August des glorreichen Jahres 1914 zusammengebracht haben, die Krone aufgesetzt.

Die deutschnationale Parteileitung ist nun über dieses Schandenschild, das es fertig bringt, Reaktion und Bolschewismus mit dem gleichen Heimsüßel zu blamieren, demmaßen entsetzt, daß der gute Professor wahrscheinlich gehängt, oder, was noch schlimmer ist, aus der Partei verstoßen werden wird. Das kommt davon, wenn man den Brothering aufs Abzieher stellt.

Die Verwaltung der Staatsbetriebe.

Der Haushaltsausschuß der Deutschen Nationalversammlung beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der Verwaltung und der teilweise eingeleiteten Schließung der Staatsbetriebe. Die Debatte fand unter dem Eindruck der Spandauer Vorgänge. Ein Vertreter des Zentrums nannte die Aufrechterhaltung der bisherigen Staatsbetriebe unrentabel, da sie einen monatlichen Reichszufluß von 20 Millionen Mark erfordere. Auch ein deutschnationaler wandte sich dagegen, daß den Spandauer Maßregeln zu große Rücksicht entgegengebracht werde. Auch gegen Monopolstellungen der Sozialdemokraten im Gewerkschaftsbetrieb der Staatsbetriebe glaubte er Sturm laufen zu müssen. In einem von den Sozialdemokraten vorgelegten Antrag wurde verlangt, daß alle Betriebe des Reiches der Zivilerwaltung unterstellt und deren Leitung Sachleuten übertragen werden soll. Die Betriebe sollen so geführt und geleitet werden, daß sie die Selbstkosten und eine mäßige Vergütung abwerfen. Dieser Antrag wurde denn auch mit großer Mehrheit angenommen. Jedoch mit dem Zusatz, daß einzelne Betriebe, die ausschließlich für den Bedarf des Heeres und der Marine arbeiten, in der Verwaltung des Heeres und der Marine verbleiben sollen.

Industrie und Handel.

Börse.

Am der Börse hat schon wieder eine zuberlässigere Stimmung die Oberhand gewinnen können, die in der Hauptsache auf die Erfolge der Regierungstruppen vor München zurückzuführen ist. Das Geschäft war allerdings noch wie vor in Erwartung der Friedensbedingungen eng begrenzt. Die Kursnotizen erlitten weitere Kurseinbußen, während sich andererseits für die Werte der Hauptmärkte regeres Interesse zeigte. Vor allem waren Montanpapiere fest, für die allerdings die neuen Preiserechnungen in der Montanindustrie anregten. Obder demerit wurden Johann Schiffahrtaktien und Arabenaktien. Für heimische Anteile hielt die Nachfrage an. Arabien leitete ging zu etwa 14% Proz. um.

Bewerkschaftsbewegung

Generalversammlung der Holzarbeiter.

In der am Mittwoch abgehaltenen Generalversammlung des Holzarbeiterverbandes (Verwaltung Berlin) berichtete Glöckle über die Lohnbewegung. Durch die Verhandlungen zwischen den beteiligten Zentralverbänden ist eine Vereinbarung zustande gekommen, wonach für die Stämme der ersten Tarifklasse, also auch für Berlin, der Stundenlohn am 1. April um 40 Pf. und am 1. Mai um 10 Pf. zusammen also um 50 Pf. erhöht wird. Die Berliner

Arbeitgeber erklärten aber, sie hätten keine Kenntnis von der getroffenen Vereinbarung, sie könnten auch die Lohnerhöhung nicht zahlen. Später hat dann die Versammlung der Berliner Arbeiterverbände das gleiche Kommando verworfen.

Die Generalversammlung beruhte auf das schärfste das Verhalten der Arbeitgeber und erließ die am 2. Mai stattfindenden Vertrauensmännerberathung. Die zur Durchführung erforderlichen Schritte zu unternehmen.

Dann wurde beschlossen, die Streikunterstützung auf den doppelten Betrag zu erhöhen und einen wöchentlichen Extrabeitrag von 1 M. zu erheben.

Eine Resolution, welche die Erhöhung der wöchentlichen Streikunterstützung auf die früheren Höhe forderte, wurde angenommen.

Darauf erhaltete Glöckle von Nächstesbericht der Ortsverwaltung. Seinen Ausführungen und dem gedruckt vorliegenden Bericht entnehmen wir folgendes: Ein gewaltiger Zustrom neuer Mitglieder folgte nach der Revolution ein, ein Anzeichen dafür, daß das Vieles des Verbandes Vertrauen und Anerkennung in weiten Kreisen der Kollegen gefunden hat. Die Mitgliederzahl ist von 22 036 auf 28 167 gestiegen. Davon sind 23 294 männliche, 2880 weibliche und 193 jugendliche Mitglieder. — Für die unter den allgemeinen Tarifvertrag fallenden Branchen wurden im Laufe des Jahres mehrmals Erhöhungen der Feuerungslohn durchgesetzt. Auch für die übrigen Branchen konnten Lohnaufbesserungen erreicht werden. So für die Stadtarbeiter, Kistenmacher, Rahmenmacher, Korkmacher, Kammmacher und Bürstenmacher. — Bei Durchführung der Lohnbewegungen kam es in 60 Fällen zum Streik, wobei in 30 Betrieben 1200 Beschäftigte die Arbeit niederlegten. Mit Ausnahme eines Streiks, bei dem wegen Abwehr der Wahrung des Vertrauensmannes 24 Kollegen die Arbeit niedergelegt hatten, waren sämtliche Streiks Angriffsbewegungen. 9 Streiks mit 132 Beteiligten waren erfolglos, alle übrigen Streiks hatten Erfolg. — Eine Erhebung der Lohnverhältnisse ergab unter Berücksichtigung des durchschnittlichen Stundenverdienstes und der 48stündigen Arbeitszeit einen durchschnittlichen Wochenverdienst für Tüchtler einschließlich der Flugzeugbranche von 127.16 Mark gegen 102.75 M. im Vorjahr, für alle Branchen zusammen ohne Hilfsarbeiter von 120.05 M. gegen 100.51 M. im Vorjahr und für die Hilfsarbeiter von 88.32 M. gegen 65.50 M. im Vorjahr. Für Arbeiterinnen ergibt sich ein durchschnittlicher Wochenverdienst von 40.44 M. gegen 44.27 M. im Vorjahr. Somit hat sich bei den Tüchtlern der Wochenverdienst um 25.41 M. gesteigert, was ungefähr den mit den Arbeiterverbänden vereinbarten Zulagen entspricht. Für alle Branchen zusammen, ohne Hilfsarbeiter, beträgt die durchschnittliche Lohnsteigerung 20.45 M. für Hilfsarbeiter, 22.78 M. und für Arbeiterinnen 6.17 M. pro Woche.

Am Schluß seiner Ausführungen kam Glöckle auf die in der vorherigen Generalversammlung angenommene Resolution zu sprechen, welche der Ortsverwaltung ein Abstraktionsvotum erteilt, weil sie die Kriegspolitik der Generalversammlung unterliege. Der Redner erklärte die der Ortsverwaltung gemachten Vorwürfe als unbearbeitet und sagte, die Ortsverwaltung könne mit gutem Gewissen erklären, daß sie stets die Interessen der Kollegen mit Befolg vertrete habe.

Glöckle hielt in einer längeren Rede die Vorwürfe gegen die Ortsverwaltung aufrecht und wendete sich in scharfen Worten gegen die mehrheitslosigkeitsfähige Politik. Er beantragte eine Resolution, welche die Regierung auffordert, den Belagerungszustand sofort aufzuheben, die Reichswehrkörper aus Berlin zu entfernen, die aus politischen Gründen Inhaftierten sofort freizulassen. Weiter erklärte die Resolution, daß die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes mit ehemaligen Angehörigen der Rotlegarden nicht zusammen arbeiten werden.

Nachdem noch einige Redner im Sinne Glöckles gesprochen hatten und Glöckle im Schlußwort die Ortsverwaltung verteidigt hatte, wurde die Resolution gegen wenige Stimmen angenommen.

Rut folgte die

Renovierung der Ortsverwaltung.

Nach dem Stichtag stand die Hälfte ihrer Mitglieder zur Wahl. Auf Antrag Bödes wurde jedoch beschlossen, die ganze Ortsverwaltung und alle besitzlichen Angelegenheiten einer Kommission zu unterstellen. Es zeigte sich, daß die Wahl von dem parteipolitisch radikal gerichteten Teil der Mitglieder wohlüberlegt war. Sie hatten für jedes Amt schon vor der Generalversammlung drei Kandidaten aufgestellt. Nur dem ersten Kandidaten, der einstimmig wiedergewählt wurde, hatte man keinen Gegenkandidaten gegenübergestellt. Zum ersten Vorsitzenden wurde Siegel mit 478 Stimmen gewählt, während der langjährige erste Vorsitzende Glöckle 220 Stimmen erhielt. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Siegel mit 401 Stimmen gewählt gegen 198 Stimmen, die auf den bisherigen zweiten Vorsitzenden Glöckle fielen. Als zweiter Kassierer wurde Wagners, zu Schriftführer Hennig und Hübner gewählt. Die Resolution der Kassierer und Revisorenwahl waren bei Schluß der Versammlung noch nicht abgeschlossen, es ist aber als sicher anzunehmen, daß auch hier die Kandidaten der Opposition gewählt sind. Beschlossen wurde noch, daß sämtliche Angestellte bis auf einen, der der Organisation genehm ist, und einen anderen, der sich sofort in Kriegsdienstverpflichtung befindet, gelündigt werden.

Arbeiterlaboratorium. Samstag mittig 1 Uhr nach der Vorkonferenz Sitzung des Ausschusses der Vertrauensleute auf dem Reichstagsplatz (Spiegelstr.). Der Obmann.

Groß-Berlin

Am Tage nach der Mafseier.

Zum ersten Male ist in Deutschland die Mafseier als geselliger Feiertag begangen worden. Als lautes Bekenntnis zu den Arbeiterrechten, als kühnes Verlangen nach einem durch keine neuen Kriegskräfte bedrohten Völkerverfrieden, als Bekenntnis zum vollen Menschentum und Ausdruck der Sehnsucht nach Kunst und Kultur.

Das erstemal war es, daß wirklich alle Mäder still standen und nur die Hände am Werk blieben, die lebensnotwendigen Arbeiten hielten. Eine wundervolle Stille und feierliche Ruhe lag am Donnerstag über der sonst vom Rhythmus der Arbeit erfüllten und vom Gemoge des Verkehrs durchwühlten Metropole. Es war als ob auch die Natur mitfeierte und ihre tiefe Sympathie mit der Menschheit bekundete. Der wundervolle herbe Frühlingsschnee, den Sonnenglanz umstrahlte, jenseit eine ruhige Stimmung des Abends und inneren Erlebens in die Menschen.

Der Stunde der Andacht und Versenkung des einzelnen folgte die Demonstration der Gemeinschaft in gemeinsamen Zug mit Fahnen und Insignien zur Vorkonferenz. Besonders imponierend und eindrucksvoll erwießen sich die Tagungen im Freien. Nachdem die Worte der Redner nicht überall durchdringen, ein sich allen aufzwingendes Gefühl der Zusammengehörigkeit und Massenkraft vereinigte die vielen Einzelnen zu einem lebendigen Körper. Für dieses feste Massengefühl werden künftige Mafseier den gesteigerten künstlerischen Ausdruck zu finden haben. Das bloße Wort des Sprechers muß durch den bewundernden Chorus und den erheblichen Schwung der Massenentfaltung ersetzt werden.

Der Nachmittag gehörte den Kindern und dem Volksfeste. Die dankbare Jugend war — trotz des verschleierten Wetters — voll edler Lust und Freude. Alle Spiele wurden wieder lebendig. Auch hier haben wir für die Zukunft Möglichkeiten, die jeden Jugendfreund laden müssen: Reigen und Tänze, turnerische und Annahmspiele, Aufführungen und Demonstrationen müssen zu aktiver Teilnahme ausgebaut werden. Und in Zukunft wollen wir den Kindern statt des roten Papiers, das am nächsten Morgen zerfällt, eine Karte mitgeben, die wirklich wert ist, als Erinnerung aufbewahrt zu werden. Für die Erwachsenen ist das Volksfest überhaupt

erst zu schaffen. Was die kapitalistische Vergnügungsindustrie und Unterhaltung hat, müssen wir durch Rückgriffe auf gutes altes Volksgut und vor allem durch Kunst, aus der Zeit und ihren Bedürfnissen hervorgehen lassen. Die französische Revolution, die sonst hinsichtlich nicht gerade fruchtbar war, kann uns in manchem hier den Weg weisen.

Kunstfeier und Feiertag im geschlossenen Saal waren dem Abend vorbehalten. Im Musik und Regitationen wurde durchweg durch, zum Teil sogar Hervorragendes gezeigt. Hier ist die jahrelange Kulturarbeit der Sozialdemokratie bereits ihre Früchte. Das Verständnis für edle Kunst, die dankbare Eingabe an alle Kunst des Volkes ist ja nicht erst eine Errungenschaft der Revolution, aber die Befreiung vom alten Trud und die latente kulturelle Sehnsucht haben die Empfänglichkeit und dank dem Anwachsen der Organisationen die Erfüllungsmöglichkeiten gesteigert. Wir sind gewiß, daß Kunst und Volk sich immer besser verstehen und durchdringen werden. Und gerade der Mafseier auch dafür das Symbol und der Gedemesser sein.

Eine haben die Vorker der künftigen Mafseier freilich nicht in ihrer Gewalt: das Wetter. Auch diesmal hat es uns viel verdorben: die Gäle wehten nicht aus, als es im Freien ungemütlich wurde. Wir werden für alle Volkstheater in diesem Monat immer mit dem überdachten Raum zu rechnen haben. Sings es nach unserem Sinne, so mühte man die Mafseier verlegen. In München haben wir früher die Mafseier öfter bis an den Himmel vertragen: ob dann war es aber auch ein wirkliches Volksfest im grünen Wald. Doch wie in Zukunft Wald und Natur in unser Programm aufzunehmen können, dafür müssen und unsere Genossen von den Beschäftigtenrichtungen und Verpflegungsgewerben helfen: der Deutsche will die Mafseier nicht als puritanischen Festtag begehen, sondern als edles und mit allen Freunden gegiertes Fest.

Die Befolgung der Garnisonssoldaten.

Vom Reichswehrminister ist jetzt eine neue Befehrsordnung erlassen worden. Bekanntlich sollte mit dem 11. April die Friedensbewegung für alle in der Garnison und in Lagereiten befindlichen Soldaten, auch für die Kranken, eingeführt werden. Da diese Befehrsordnung große Erregung hervorgerufen hatte, wurde durch Verfügung des Reichswehrministers die Befehrsordnung der bisherigen Befehrs bis zum 1. Mai verlegt. Vom 1. Mai gelten nun bis zur vollständigen Befehrsänderung, die spätestens am 1. Juni zu erwarten ist, folgende Bestimmungen: Lazarettkranke erhalten eine Tagesbewegung von 2.00 M. Militärkranke und Feldwunden, sowie diejenigen, die nicht entlassenen Mannschaften der Jahrgänge, welche sich bei den Abwicklungsstellen der noch bestehenden Formationen, bei Städten usw. befinden, beziehen die Lösung der Reichswehr.

Zur Befolgung der Befehrsordnung werden durch den militärischen Ausschuss des Berliner Volksgenossen die noch in Privatwohnungen untergebrachten Mannschaften von Frauenfamilien in Schulen, Baracken usw. gelöst. Sämtliche Privatwohnungen, die jetzt militärischen Formationen zur Verfügung stehen, müssen bis spätestens 15. Mai geräumt sein. Auf Veranlassung des Reichswehrministers werden auch eine Anzahl Schulen in Stand gesetzt, um die nach Friedensschluß einrückenden deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen unterzubringen. Die Heimkehrer sollen dort für die nächste Zeit verpflegt werden. In diesen Unterkünften werden besondere Bureau eingerichtet, welche die sofortige Entlassung und Weiterbefolgung der Kriegsgefangenen zu übernehmen haben, welche unmittelbar nach ihrer Rückkehr entlassen zu werden wünschen.

Falls beschäftigt ist, nochmals wieder Schulen für die Unterbringung freizumachen, so muß schon heute auf das allerhöchste dagegen protestiert werden. Man möge dann große Gäle für diese Zwecke in Anspruch nehmen. Der Unterricht darf nicht noch weiter eingeschränkt werden.

Kommunale Arbeiterräte des Kreises Niederbarnim. Die Kundengemeinden des Kreises Niederbarnim, welche die neuen Kundengarten für die Vorkonferenz nicht direkt vom Volksgenossen zugestimmt bekommen, erhalten ihre neuen Kundengarten morgen früh, 10 Uhr, am Carlshagen, der Beginn der Versammlung durch den Sekretär der Kundengarten umgezogen.

Kommunale Arbeiterräte des Kreises Teltow.

Die weißen Kundengarten für den Besuch der Vorkonferenz der Groß-Berliner Arbeiterräte besitzen ihre Gültigkeit. Neue Karten werden den Arbeiterräten demnächst zugehen. Für die am 8. Mai, vorm. 10 Uhr, in den Kammergärten, Teltower Straße Ecke Belle-Alliance-Straße stattfindende Kundengarten werden die Karten für sämtliche der Zentralstelle angeschlossenen kommunalen Arbeiterräte am Carlshagen ausgegeben.

Soldatenratsdelegierte der S. P. D. zur Vorkonferenz.

Zur Vorkonferenz in den Kammergärten morgen, Sonnabend, vorm. 10 Uhr, ist pünktliches und vollständiges Erscheinen erforderlich.

Der Prellensprecher.

Kreuz.

Die Fraktion der S. P. D. Mitglieder des Volksrats, Wohnort: J. Amendt.

Ein Opfer der Märzstuden wurde auch gestern wieder auf der Spree gelandet. Am Jung der Friedrichstraße wurde ein unbekannter Mann von etwa 35 bis 40 Jahren angeschossen, der Schussverletzungen im Hals und in der Brust aufweist. Er trug selbstgegrane Hose, dunkelbraunes Jackett und ebensolche Hülse. Auf dem rechten Unterarm hat er eine Tätowierung, die einen Wappenstein mit vier Fahnen und einen Adler mit Tau darstellt.

Ein Mordmord liegt einem anderen Leichenfunde zugrunde. Am Mordmordmord wurde die Leiche eines neugeborenen Mädchens gefunden, das erbrochen worden ist. Sie war ganz nackt. — Die Leiche einer unbekanntem Frau wurde von dem Grundbesitzer Kottbuser Ufer 47 aus dem Landwehrkanal geborgen und nach dem Schauhaus gebracht. Die Tote ist etwa 20 bis 30 Jahre alt und 1.87 Meter groß und trug ein grünes Kostüm, einen grünen Mantel, schwarze Strümpfe und Schuhe.

Arbeiter-Kassierer-Verein „Solidarität“, Berlin, I. 101. Sonntag, Berlin, Sonnabend, Start früh 7 Uhr. Mittags 1 Uhr Brunch, Frühmahl, Schluß bei 11 Uhr. Sonntag, Sonntag, 28. Sitzung jeden 1-3 Freitag im Monat. Gäle willkommen.

Arbeiter-Kassierer-Verein Groß-Berlin. Sonntag früh 7 Uhr Berlin. Sonntag 1 Uhr Brunch (Kassierer). Start Paradenplatz.

Berliner Lebensmittel.

Am der Woche vom Montag, den 6., bis Sonntag, den 11. Mai, findet auf Grund der amtlichen Anordnungen die 2. Abgabe von 50 g Brotteil gegen den Abchnitt B 2 der Einkaufskarte unter gleichzeitiger Vorlegung der Speisekarte in den zum Speisebezugs bestimmten Kleinhandelsbetrieben statt. Am Montag 18 und 19 der allgemeinen Lebensmittelkarte der Stadt Berlin 200 g Suppen und auf Abchnitt 20 200 g Grieß. Abgabe der Abchnitt vom 1.-5. Mai. Die Deputatanten für die Volkskommission sind vom 2. Mai ab werktäglich von 9-4 Uhr, Sonntags von 9-10 Uhr (Schloß) zu sein.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Charlottenburg. Heute 7 Uhr Sitzungssaal 4 des Rathauses Konferenz der Parteifunktionäre.

Jugendveranstaltungen.

Wedding. Heute 7 Uhr bei Groß, Hennigsdorfer Str. 10; Vortrag Wie soll man wandern? Weitere Veranstaltungen jeden Freitag daselbst

Die Maifeier in Groß-Berlin.

Zum erstenmal ist die Maifeier in Groß-Berlin durch vollständige Arbeitsruhe begangen worden, sogar durch eine viel allgemeinere als dort, wo schon seit vielen Jahren die Arbeitsruhe durchgeführt wurde; die Maifeier fand die Arbeitermassen Groß-Berlins zerrissen, getrennt, zum Teil in Hah und Wut gegeneinander. So ist die Demonstration weit weniger imposant ansehnlich, als sie sonst gewesen wäre. Wenn die Veranstaltung mehrerer künstlerischer Abende oder Unterhaltungen in demselben Stadtteil oder Vorort nur zu wünschen ist, da die Räume beschränkt sind, so hat die Zerrissenheit der Groß-Berliner Arbeiterklasse die Veranlassungen unter freiem Himmel natürlich beeinträchtigt. Das werden die Vernünftigen auf der anderen Seite auch empfunden haben. An unserer Partei hat es nicht gelegen, daß es nicht zu einer gemeinsamen Maifeier gekommen ist. Es wird aber zur Wiedervereinigung überhaupt nicht kommen können, solange uns Mehrheitssozialisten die Ehrlichkeit unserer sozialdemokratischen — allerdings nicht anarchistischen, individualistischen oder bolschewistischen Wollens bestritten wird.

Unsere Partei kann sonst mit dem Verlauf des Tages zufrieden sein. Unsere Veranstaltungen waren durchwegs gut, zum Teil sehr stark besucht. Der Geist in unseren Versammlungen war der des ungebrochenen Vertrauens in unsere Sache. Von Beherrschern gegen die anderen sozialistischen Richtungen hielten sich unsere Redner fern. Dem entspricht unsere folgende

Maifeier-Erklärung.

Proletariat aller Länder vereinigt Euch! Am dieser Aufhebung unserer großen Vorkämpfer Marx und Engels in der gesamten Arbeiterinternationale sichtbar Ausdruck zu verleihen, beschloß der Internationale Kongress zu Paris im Jahre 1889 den 1. Mai als Arbeiter-Maifeiertag zu erklären. An diesem Tage sollte demonstriert werden für die Durchführung des Acht-Stundentages, für Arbeiterlohn, für politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung der Frauen und nach Beschluß der Internationalen Kongresse 1891 und 1893 für Völkerverbrüderung und Völkerverständnis. Der 1. Mai war aber auch ein Tag des Protestes gegen Krieg und Militarismus. Nach dem letzten furchtbaren Kriege muß eine Wiederholung des Völkermordes für alle Zeiten unmöglich sein; für diese Forderung erhoben wir am heutigen Tage laut und vernünftig unsere Stimmen. Die Völker wollen den Frieden für alle Zukunft gesichert wissen; für dieses Ziel muß sich ein Bund der Völker auf der Grundlage des Rechts und der Verständigung bilden. Das alte militaristische Deutschland ist verschwunden, das deutsche Volk wird dafür sorgen, daß der Frieden nie mehr gefährdet wird. Es fordert Recht und Gerechtigkeit für alle und erhebt auch am heutigen Tage im Namen der Humanität und der Menschlichkeit wieder die Forderung: „Nicht unsere Gefangenen, aber auch der wirtschaftliche Grund muß verschwinden, auch der Sozialismus muß gestürzt werden, um den Sieg des Sozialismus zu erreichen. Das gesamte weltliche Volk wird diesmal die Arbeit ruhen lassen. Es muß zum Ausdruck bringen, daß wie jede Reaktion bekämpft und keinen Rücktritt dulden werden. Die politischen Organisationsformen der Revolution weiter auszubauen, den arbeitenden Massen in Stadt und Land einen entscheidenden Einfluß auf das Wirtschaftliche und die Produktionsgestaltung zu geben, muß unsere vornehmste Aufgabe sein. Zur Lösung dieser gewaltigen Aufgaben müssen alle Männer und Frauen in selbstgeleiteter Einigkeit sich zusammenschließen, um den 1. Mai als Verbrüderungstag der Arbeit zu begehen.

Die Unabhängigen dagegen, die ihre drei Meutereien zusammen mit den Kommunisten veranstalteten, hielten es für richtig, in ihren Reden und in ihrer Erklärung den Boden weitzusprengen und zu verschärfen. Ihre Erklärung legt endlich einmal auch

ein offenes Bekenntnis zum Sozialismus

ab, indem sie erklärt, den Russen und Ungarn auf dem Wege schleunigt zu folgen, der zum Völkerverständnis führe. Wir danken für ein solches Bekenntnis, wie es in dem bolschewistischen Russland herrscht, wo der Kampf der Klassen in die rote Armee treibt, in der die Soldaten nichts mehr, die Offiziere alles zu sagen haben und wo auf den Streik die Kugelstrafe steht. Wollen die Berliner Unabhängigen auch dies übernehmen? Nach ihrer Klärentklärung haben sie sich die Existenzberechtigung als Partei neben den Kommunisten selbst abgesprochen und das, wenige Tage nachdem ihr Parteiführer Haase in Amsterdam den russischen Sozialismus für Deutschland mit klaren Worten abgelehnt hatte.

Wir aber bleiben Sozialdemokraten.

Die Einstellung des Straßenbahn- und Hochbahnverkehrs hatte die Möglichkeit, das schöne Wetter in der Umgebung zu genießen, sehr beschränkt. Die innere Stadt war recht leer, die Stadt- und Ringbahn hatte in ihren sonnenbeschienenen Bogen längst nicht jene Ueberfüllung aufzuweisen wie in der Generalkonferenzwoche, da der gesetzliche Feiertag und die freiwillige Arbeitsruhe zahllose Vorortbewohner von der Notwendigkeit befreite, in die Stadt zu gelangen.

Die meisten Gastwirtschaften, soweit in ihnen nicht Maifeiern stattfanden, blieben geschlossen, da nur den Angehörigen der Wirtse die Belohnung der Gäste gestattet sein sollte. So gewann Groß-Berlin an diesem 1. Mai ungefähr das Bild eines englischen Sonntags. Bei den Coolseken, soweit sie nicht abnehm in Schulanten abgehalten wurden, sah man vielfach ohne Ordentlichkeit und fast ohne Speise und Trank beisammen; so minderwertig unsere erdenningsvollen Getränke auch geworden sind — ihr Fehlen kam doch etwas plötzlich.

Während des Besanges auf diese Erfordernisse; sie werden zum Nachdenken über Charakter, Sinn und Zweck der Maifeier beigetragen haben — bei uns und bei den anderen und nicht zuletzt auch über die Arbeiterklasse hinaus, dort, wo sie als Demonstration gegen den Kapitalismus auch nach der wozugewonnenen Demokratisierung und nach den großen sozialpolitischen Fortschritten seit dem 9. November weiterzuwirken bestimmt ist.

Zu irgendwelchen Zwischenfällen ist es nicht gekommen. Der Belagerungszustand hat sich als überflüssig erwiesen. Vor allem aber müssen die Kriegsgerichte weg, gegen deren rasche und oft sehr harten Urteile es kein Rechtsmittel gibt.

Die S.P.D.-Meetings.

Königsplatz.

Gegen zehn Uhr langten die erstenzüge der Parteigenossen am Sammelpunkte an, denen bald ein sehr stattlicher Zug aus Nachbarn folgte. Die Teilnehmer nahmen zwischen Reichstagsgebäude und Siggershale Aufstellung. Viele rote Fahnen wehten von der Treppe des Reichstagsgebäudes und zahlreiche Demonstrationstafeln verkündeten die Forderungen der Arbeiter.

Nach dem ersten Redner Genosse Schäfer ergriff Genosse Scheidemann das Wort. Er führte etwa aus: Er sei nicht gekommen um zu sprechen, sondern um als schlichter Volksgenosse der Maifeier beizuwohnen. Er spreche aber

gern der Bitte, das Wort zu ergreifen, denn es wäre seit 30 Jahren das erste mal, daß er am 1. Mai nicht zu Parteigenossen sprechen würde. Langsam habe sich dieser Feiertag durchgesetzt und jetzt sei er ein gesetzlicher Feiertag für das ganze deutsche Volk. Wir wollen hoffen, daß er es vom nächsten Jahre ab, für die ganze Welt sein wird. In diesem Moment müsse man auch an den 9. November zurückdenken, an dem wir an derselben Stelle die Republik verkündet haben. Wer diese beiden großen Ereignisse miterlebt habe, werde sie nie wieder vergessen. Sechs Monate seien verstrichen seit dem Revolutionstage. Kolossale Veränderungen haben sich inzwischen vollzogen. Trodem werde dies vielfach nicht gewürdigt. Es sei darauf hinzuweisen, daß die Zeit von 6 Monaten in der Revolution nur eine Sekunde in der Weltgeschichte ist. Viel ist von uns erreicht worden. Das deutsche Volk ist befreit, der gesetzliche Achtstundentag geschaffen und die Demokratie fest vorgezeichnet sei nicht alles erreicht, was durchgeführt werden müsse, aber wir werden auch dieses unbedingt schaffen. Es gäbe viele Leute, die mit der Regierung nicht zufrieden sind, aber auch die Regierung sei mit dem Volke nicht zufrieden. Nebenbei in unserer besten Arbeit sind und Teile des Volkes hindern in die Arme gefallen und dadurch die notwendigen Maßnahmen schwerlich behindert worden. Werte müssen durch Arbeit geschaffen werden. Die Lohnsmittel für die unbedingte Lebensmittelfuhr aufzubringen. Vielen gehe die Sozialisierung nicht schnell genug. Wir wollen sozialisieren. Es müsse jedoch alles auf gesunder Grundlage geschehen. Eine bankrotte Wirtschaft und zu viele gestrichelte Betriebe könne man nicht bergesellschaften. Unter keinen Umständen dürfe man darauflos experimentieren an Stellen, wo man nur im Augenblick darüber, anstatt aufbauen könne. Von heute auf morgen lasse die Welt sich nicht auf den Kopf stellen; wie man dies in Rußland erfolglos versucht habe. Die Regierungsmitglieder hielten auf ihren Posten nicht zu ihrem Vergnügen aus. Man könne es ihm glauben, sie hätten seit 6 Monaten keinen Sonn- und Feiertag und keine ruhige Nacht gehabt. Wir appellieren an die Parteigenossen, sich zusammen zu setzen für unsere Arbeit zu Ruh und Sorgen des ganzen Volkes. Wir geloben Treue um Treue zu halten. Alle treten wir für die Sache der Sozialdemokratie ein, nicht für die von Personen. Ob Scheidemann, Schulze oder Müller sei bei der Sache völlig gleichgültig. Wir müssen in diesem Augenblick unseren Blick nach Versailles richten. Unsere Redendelegerierten hätten die schwerste Aufgabe, die je Menschen übertragen worden sei. Unsere Pflicht sei es, ihnen bei ihrer so verantwortungsvollen Aufgabe einen festen Rückhalt zu geben. Wir erwidern und verlangen einen Dauervertrag und einen Frieden des Rechts, den wir immer verlangt haben, auch zu den Zeiten, da Deutschland anscheinend auf dem höchsten Gipfel seiner Macht war. Was wir für die Dauer ständig verlangen, können wir auch jetzt mit Recht für uns beanspruchen. — Dem internationalen Proletariat empfehlen wir am heutigen Feiertag die herzlichsten Brudergrüße und rufen den Arbeitern der ganzen Welt zu, daß wir weiter für die Sache der Arbeiter aller Nationen einsehen, kämpfen und wirken werden. Dem internationalen Sozialismus gilt unser Streben. Mögen diese Brudergrüße die Herzen aller proletarischen Brüder aller Nationen finden und dort ein vielfaches Echo hervorrufen. Parteigenossen! Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, hoch (Stürmischer Beifall).

Die allgemein vorgelegte Erklärung wurde einstimmig angenommen.

Schillerpark.

Von dem in weitestgehendem Maße errichteten Rednertribünen luden die Genossen Krüger, Gattlich und Fuß über die Bedeutung des Tages. Oft von stürmischen Zustimmungen unterbrochen, schilderten unsere Redner die Schwierigkeiten, mit denen gerade die gegenwärtige Regierung zu kämpfen hat. Sie betonten die Notwendigkeit, alles zu tun, um in Ruhe und Frieden am Weiterbau der jungen deutschen Republik zu arbeiten. Heißer Beifall ertönte den Referenten nach Schluß ihrer Ausführungen entgegen. Die vorgelegte Resolution fand überall begeisterte Annahme.

Auf der

Exerzierplatz.

Das leuchtende Rot der vielen großen und kleinen Fahnen und Banner verriet schon von fern den Platz, auf dem sich die Genossen und Genossinnen der Schöneberger und Rosenfelder Vorstadt versammelt hatten. Von den schwarzen Köpfen der letzten Jahre, Monate und Wochen und von der kommenden besseren Zeit sprachen die Referenten. Eine Anzahl Redner mit den Forderungen nach internationaler Arbeiterkollaboration, einem Frieden des Rechts, dem Völkerverbund und ewigen Völkerverständnis sprachen die Forderungen der Arbeiter. Treu schloß die Rede, unermüdet weiter zu kämpfen, bis endlich zur Wirklichkeit wird die auf einer der Tafeln verzeichnete Forderung: „Des Volkes Wohl sei das oberste Gesetz!“

Debertwiese.

waren zwei rotberrichte Tribünen errichtet. Genossin Krüger und Genossine Neue zeigten den Gedanken der Völkerverbrüderung, verwiesen auf die hohen Ziele unserer Partei und betonten, daß diese nur erreicht werden können, wenn das Proletariat einig und geschlossen in fester Kampftruppe zusammensteht. — Einstimmig wurde die Resolution angenommen. — Draufende Hochrufe auf die internationale Sozialdemokratie schloffen die Feier.

Die Massen der heimkehrenden Teilnehmer überfluteten die angrenzenden Straßen. In einem imposanten Zuge entzogen sich die Schöneberger Genossen, die an dieser Demonstration teilgenommen hatten, vom Platz.

Am Rudolphsplatz.

Hatten sich ebenfalls Tausende von Feiernden gesammelt. Eine aus Generalkomitee- und Parteigenossen bestehende Musikkapelle leitete durch einige stimmungsvolle Chorstücke die Feier ein. Genossine Werz mit ihren stundenlang andauernden Ausführungen bei den aufmerksamen Zuhörern ein starkes Echo.

Spreewaldplatz.

Genossine Bloke zeigte in seiner Rede, was in den seit der ersten Maifeier vergangenen drei Jahrzehnten erreicht wurde, was vor allem die Revolution vom 9. November vorigen Jahres und erreicht hat und welche Aufgaben in der nächsten Zukunft zu lösen sind. Zur Einigkeit kann und die sozialistische Zukunft bringen. (Lebhafter Beifall.) Die Resolution wurde unter Beifallschreien einstimmig angenommen.

Auf dem

Zempelhofer Felde.

hatten sich die Genossen der 2. bis 8. Abteilung von Berlin und aus Rußland versammelt. Mehrere waren von Vorantritt eines Musikchors in einem imposanten Zuge herbeimarschiert. Von drei Rednertribünen sprachen die Genossen Dr. Caspar, Dittmer und Keller. Der vorgelegten Resolution wurde einstimmig zugestimmt.

Aus den Vororten.

Charlottenburg. In der Reithalle im Tiergarten referierten vor etwa 5000 Personen die Genossen Roschin und Horlich. Die vorgelegte Resolution fand einstimmige Annahme. Ein formierter Demonstrationzug fand am Wilhelmplatz nach einer kurzen Ansprache des Genossen Giebert sein Ende. Die Nachmittagsveranstaltung auf dem Spandauer Bod war sehr stark besucht.

In Schöneberg, wo Genossine Werz vor etwa 8000 Personen sprach, hatte die Kundgebung einen großen Umfang. Der Verlauf der Feier war ein durchaus guter.

Steglitz. Die gut 1500 Köpfe starke Versammlung im „Schloßpark“ leitete der Gesang des Händel-Chors und ein patriotischer Chor (Himmelsruhm) ein. Die Ausführungen des Genossen Richard Bernstein fanden wiederholt lebhaften Beifall. Im Nebenraum konnten die Straßensänger, am Abend wurde ein vorzügliches Musikabend im Lyceum veranstaltet.

Die Veranstaltung in Schöneberg war gut besucht. Referent war Genosse Dr. Rosenfeld-Charlottenburg. Die Nachmittagsfeier war überfüllt. Besonderen Beifall ertönten Schlichtner, Hofschreier und der Wilmersdorfer Männergesangsverein. Die Redner hielten Genossine Lehnerdt.

Tempelhof. Auf der Wiese des neuen Stadtparcs hatten sich über 3000 Personen zur Feier des 1. Mai eingefunden. Nach der Ansprache des Gen. Kautner formierte sich ein imposanter Zug, der unter den Klängen der Musik die Straßen des Landes durchzog. — Abends krönte eine stimmungsvolle künstlerische Feier unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Weinbaum den wohlverlaufenen Feiertag.

Königsplatz. In der Vormittagsversammlung, welche um 11 Uhr auf dem Rathausplatz stattfand, referierte Gen. Dr. Ostrowski über zur unbedingten Einigkeit des Proletariats mahnte. — Die Feier am Abend war überfüllt und nahm einen großartigen Verlauf.

Rudow. In gut besuchter Versammlung sprach Genossine Gullschmidt. Mit stimmungsvoll vorgetragenem „Liedchen“ eingeleitet und geschlossen. Die Schönefelder Genossinnen und Genossen waren in gemeinschaftlichen Zuge zur Versammlung gekommen.

Die Köpenicker Parteigenossen hatten sich im Lokal Reudersdorf vornehmlich zu einer Veranstaltung zusammengefunden. Unter Vorantritt einer stattlichen Musikkapelle mit vielen Fahnen und Bannern waren die Teilnehmer dorthin marschiert.

Schmiedewitz. Die Versammlung für Schmiedewitz und Giesow war von etwa 500 Personen besucht. Die Rede des Genossen Mellicke fand reichen Beifall. Bei der Volkunterhaltung sprach Genossine Rabe.

Rudow. In der stark besuchten Versammlung unter freiem Himmel hielt Genossine Ament die Festrede. Zahlreiche Neuaufnahmen waren der Erfolg des Tages.

Steglitz (Kreis Niederbarnim). Die Versammlung war von 150 Personen besucht. Das Referat hielt Gen. Albert Müller. In der Diskussion nahm ein Vertreter der „Deutschen Volkspartei“ das Wort, um für seine Partei zu betonen, daß am kommenden Sonntag stattfindenden Kreisversammlungen Propaganda zu machen. Unter stürmischem Beifall rechnete der Referent in seinem Schlußwort gehörig mit ihm ab.

Reinickendorf. In je zwei vor der S. P. D. und der U. S. P. einberufenen Vormittagsversammlungen demonstrierte die Arbeiterklasse für Völkerverständnis und Verwirklichung des Sozialismus. Nach Schluß der Versammlungen vereinigten sich alle Teilnehmer zu einem gemeinsamen Maifeiertage. Nachmittags fanden gemeinsame von der Gemeinde getroffene Veranstaltungen statt. Zuerst für die Kinder. Parteigenossinnen Künstler und Lehrer sorgten für Unterhaltung. Den würdevollen Abschluß fand die Maifeier in den künstlerischen Abendfeiern, die in der Höhe und in den Schulaulen stattfanden. Ein außerordentliches, dem Bewußtsein genühendes, von guten Künstlern bestrittenes Programm festelte die Zuhörer, die alle Räume bis auf den letzten Platz besetzten.

Die Feier in Tegel, an der über 1500 Besucher teilnahmen, verlief in würdiger Weise. Hier sprach Genossine Vorwärts-Charlottenburg.

Die vereinigten Unabhängigen und die Kommunisten.

Zu beiden Seiten des Wittenbergplatzes waren waldartige Wagen aufgestellt. Die Redner führten aus:

Der erste Mai solle kein Feiertag und Feiertag, sondern ein Trauertag, eine Anklage gegen die sein, welche zu Verdrüßten an der Revolution geworden seien, und die Stillrecht und Rosa Luxemburg gemeinhalt hätten. Wie die alte Regierung das Volk in den Krieg, so wolle die jetzige es in den Frieden hineinziehen. Dieser Frieden sei ein wertloses Papiertuch. Das Proletariat behalte sich seinen mächtigen Freund an Rußland. An Rußland müsse man sich halten, denn dort gäbe es Land und Brot (H). Komme der Frieden, der in Versailles geplant wird, wirklich zustande, so könne niemand die Folgen verantworten. (Wenn er nur ein wertloses Papiertuch ist? Red.) Dieser Friede würde eine neue Revolution bringen. Die Regierung hinterziehe die Sozialisierung. Nur dem gehöre die Erde, der sie bebaut und bearbeitet. Das Proletariat dürfe nicht ruhen, bis die wahre Freiheit und das Rätesystem erreicht sei. Die neue Regierung, die mit Raubdingen und Panzerwagen arbeite (Wer hat denn damit begonnen? Red.), habe dem Volke kein Brot bringen können.

Im Reichstagspark waren 10. bis 12.000 Personen versammelt. Schallender schwebten rote Fahnen. Gesang leitete die Versammlung ein.

Im Humboldthain waren drei Tribünen errichtet, auf denen die Redner zu etwa 15.000 Personen sprachen. Im Treptower Park hatten sich etwa 10.000 Teilnehmer eingefunden.

Eine 1000 Kommunisten versammelten sich in den Prachtgärten des Orens. Der Versammlungsleiter behauptete, Offiziere hätten unter sich verabredet, die Arbeiterversammlungen in Vermeidung zu belächeln. Aus diesem Grunde werde kein hervorragender Führer der Kommunisten sprechen. Die gelistigten Führer müßten für andere Zwecke erhalten bleiben. Spiegelberg meinte, daß die Nationalversammlung mit ihrer bürgerlichen Mehrheit den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag erklärt habe, sei eine Verhöhnung der revolutionären Arbeiter. Durch die Revolution haben die Arbeiter nichts gewonnen. Schuld daran sei die Unmöglichkeit der Arbeiter, die jetzige Regierung, die Führer der Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen sowie die Generalkomiteeführer. Erst müsse der Sozialismus durch das Rätesystem durchgeführt werden, dann könne man von Demokratie reden. Durch die Schaffung des Willkürs Obert sei nichts erreicht. In der Erklärung wird gefordert: Vorsehung aller politischen Gefangenen, Aufhebung des Belagerungszustandes, Einführung der Presse- und Versammlungsfreiheit (nach Moskauer-Konvention), Auflösung der Reserve, Auflösung der Bürger, Offiziere und Studenten, Bewaffnung der Arbeiter. — Mit der Aufforderung, daß den Worten Taten zu folgen haben und daß jeder Arbeiter beim Ruf zum Generalstreik die Werkstatt verlassen soll, schloß der Vorlesende die Versammlung.

Aus den Andreas-Häusern kam ein Zug des „Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen“. Nachdem in der Väterdenkmal-Parade die Versammelten aufgeführt worden waren, mit der Tat für die kommunistischen Ideale einzutreten, ging man auseinander, ohne daß die Schredenspender der „Freiheit“ (parteiliche Methoden angewendet hätten).

Die Syndikalisten.

Die Versammlung im Reichstagspark war von etwa 1500 Personen besucht. Caßin führte aus, die Syndikalisten seien Reinde des Staates und des Zentralismus. Nur Anarchismus könne die Arbeiter retten. Es wurde nach Reden von Roter und Rod eine Resolution angenommen, die die allgemeine Wehrpflicht verwirklicht und zur Verweigerung des Militärdienstes und der weiteren Verweigerung von Heeresgut und Kriegswaffen auffordert.

Verantwortlich für Politik: Heinz Müller, Charlottenburg. Für den Vertrieb: Fritz Grottel, Berlin. Verlag: Friedrich Verlag, G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Pöschel-Verlag, Berlin. Verantwortlich: Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstraße 2.